

## Abstimmungspaket vom 27. September 2020

Die Delegierten der CVP Kanton Luzern haben aufgrund der aktuellen Lage die Parolen erstmals auf dem Zirkularweg gefasst. Beim Versand dieses Impuls waren die Parolen noch nicht bekannt. Die CVP Schweiz empfiehlt die Vorlagen wie folgt zur Abstimmung:

### NEIN zur Begrenzungsinitiative



Die Begrenzungsinitiative will die bilateralen Beziehungen mit der EU aufkündigen. Diese Initiative schreibt vor, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU innerhalb von zwölf Monaten nach Annahme der Begrenzungsinitiative ausser Kraft gesetzt wird.

Aufgrund der Guillotine-Klausel würden alle anderen Abkommen ebenfalls ausser Kraft gesetzt, so auch das Forschungsabkommen oder das Abkommen über den Abbau der technischen Handelshemmnisse, das Luftverkehrsabkommen und weitere. Mit anderen Worten, wir würden uns auf den Stand von 1992 zurückversetzen und die zwischenzeitlich erarbeiteten Erfolge wären alle zunichte gemacht. Wir können uns in Europa nicht mehr frei bewegen und der Zugang unserer Waren und Dienstleistungen zum europäischen Binnenmarkt würde behindert.

Jeder zweite Arbeitsplatz in der Schweiz hängt vom Export ab. Brechen wir diese Vertragsbeziehungen mit der EU ab, müssen wir nicht erschrecken, wenn Heerscharen von Arbeitslosen in unserem Land entstehen. Gerade in der aktuellen Situation mit der Corona-Krise sind stabile Beziehungen zur EU unverzichtbar.

### JA zu neuen Kampfflugzeugen



Die Schweizer Luftwaffe verfügt heute über zwei Typen von Kampfflugzeugen: 26 Kampfflugzeugen sind rund 40-jährig und werden nur noch für die Ausbildung von Piloten/Pilotinnen eingesetzt. 30 weitere Kampfflugzeuge wurden in den 1990er-Jahren angeschafft und werden heute zur Kontrolle und zum Schutz des Luftraums eingesetzt. Die heutigen Kampfflugzeuge erreichen etwa 2030 das Ende ihrer Nutzdauer.

Dass die Schweizer-Armee in einer Krise schnell und effizient handeln kann, hat sie jetzt während der Corona-Krise bewiesen. Es war auch ziemlich schnell klar, dass die Schweiz bei sicherheitspolitischen Fragen nicht auf ihre Nachbarn zählen kann und diese die Grenzen noch schneller schliessen als wir.

Wir brauchen Kampfflugzeuge, die schnell und effizient den Luftraum überwachen und sichern können. Um die alten Flugzeuge zu ersetzen, brauchen wir den Kredit (6 Mrd. Franken), der aus dem laufenden Budget bezahlt wird. Dies sind keine Zusatzkosten, sondern Geld, das der Armee zusteht.

Es geht um einen Grundsatzentscheid: Wollen wir noch eine Schweizer Luftwaffe, die den Schutz in der Luft effektiv gewährleisten kann? Wenn ja, gibt es nur ein JA zum Kauf neuer Kampfflugzeuge.

### Agenda

**C-Plus und Chargierten Anlass**  
MI, 23.09.2020, 19 Uhr, Besuch bei der **wohnakustik GmbH** in Wauwil

Ein Dankeschön für unsere C-Plus Gönner und Chargierten.

### Partei- und Generalversammlung

DO, 19. November 2020, 19 Uhr, Gasthaus St. Wendelin

### Gemeindeversammlung

DI, 01. Dezember 2020, 20 Uhr, Zentrum Linde

Reservieren Sie sich die Termine schon heute. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

## JA zum Vaterschaftsurlaub



Die Vorlage „Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft“ empfiehlt einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub, welcher auf die ersten sechs Monate nach der Geburt des Kindes verteilt werden kann. Der Vaterschaftsurlaub steht für eine moderne Familienpolitik und ist ein Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Anwesenheit des Vaters wirkt sich positiv auf das Familienleben aus. Sie ist gewinnbringend für die Vater-Kind-Beziehung und entlastet die Familie in der Zeit unmittelbar nach der Geburt. Die Kosten, welche dabei entstehen, werden durch die Erwerbsersatzordnung (EO) finanziert und sind für die Gesellschaft durchaus tragbar. Diese Kompromisslösung kommt unseren Familien zu Gute. Dafür steht die CVP.

## JA zu höheren Kinderabzügen



Wird die Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer angenommen, werden die Steuerabzüge für Kinder und für Kinderdrittbetreuung erhöht. Der Steuerabzug für Kinder erhöht sich auf Fr. 10'000 jährlich pro Kind. Falls zusätzliche Kosten für eine Kinderdrittbetreuung anfallen, können dafür neu bis zu Fr. 25'000 jährlich pro Kind abgezogen werden. Es wird deswegen mit weniger Einnahmen für Bund (Fr. 300 Mio.) und Kantone (Fr. 80 Mio.) gerechnet.

Die Erhöhung der Steuerabzüge für Kinderdrittbetreuung ermöglicht vielen Familien eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und es lohnt sich eher für beide Elternteile arbeiten zu gehen. Die Schweizer Wirtschaft kann so von inländischen Fachkräften profitieren. Die Erhöhung der Steuerabzüge für Kinder entlastet die Familien.

## JA zum Jagdgesetz



Wird die Änderung des Jagdgesetzes angenommen, werden der Artenschutz und die Abschussbestimmungen von geschützten Tieren geändert. Neu dürfen Wölfe bereits geschossen werden, wenn ihr Bestand zu gross wird oder sie sich auffällig verhalten. Zum Beispiel, wenn sie die Angst vor Dörfern oder Menschen verlieren. Neu entscheiden die Kantone allein, ob ein Wolf geschossen wird. Sie müssen aber zuerst Kontakt mit dem Bundesamt für Umwelt aufnehmen. Gegen den Abschuss kann wie bisher Beschwerde eingereicht werden.

Bäuerinnen und Bauern werden nur noch dann entschädigt, wenn sie genug zum Schutz ihrer Herde unternommen haben.

Das neue Jagdgesetz schafft mehr **Sicherheit für Tiere, Landschaften und Menschen**, fördert die Artenvielfalt und verstärkt den Schutz der Kulturlandschaft.

## NEIN zur Kantonalen Volksinitiative „Transparente Vormiete“

In der Schweiz können Kantone bei Wohnungsmangel eine Formularpflicht einführen. Die Formularpflicht bedeutet, dass VermieterInnen bekannt geben müssen, wie viel Miete die vorherigen MieterInnen bezahlt haben. Im Kanton Luzern gibt es keine Formularpflicht. Der Regierungsrat kann eine Formularpflicht einführen, wenn er es für angemessen hält. Mit dieser Initiative will man die obligatorische Formularpflicht einführen.

Es ist nicht erwiesen, dass mit der Formularpflicht die Mieten tiefer gehalten werden und ein Wohnungsmangel bekämpft werden kann. Im Kanton Luzern herrscht keine Wohnungsnot, der Wohnungsmarkt funktioniert. Für den Notfall verfügt der Kanton über eine gesetzliche Regelung, die flexibler ist als die Lösung der Initiative.